

**Autor:** Susanne Harmsen  
**Seite:** 16 bis 16

**Mediengattung:** Zeitschrift/Magazin  
**Auflage:** 4.500 (gedruckt)<sup>1</sup> 1.446 (verkauft)<sup>1</sup>  
4.037 (verbreitet)<sup>1</sup>

<sup>1</sup> IVW 4/2022

# : Netze als Schlüssel für die Energiewende

Die Strom- und Gasnetze seien essenziell für die Umsetzung der Energiewende. Doch sichere Investitionsrahmen fehlten, beklagten Kongressteilnehmer.

Auf dem Podium diskutierten der Präsident der Bundesnetzagentur Klaus Müller mit Susanne Fabry, Mitglied des Vorstands der Rhein Energie, und Georg Friedrichs, Vorstandsvorsitzender der Gasag, sowie Florian Feller, Vorsitzender der Initiative „H2vorOrt“.

Zur Kritik am Entwurf des Paragraf 14a Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) über eine Stromdrosselung bei großen Verbrauchern wie Elektromobilen oder Wärmepumpen gab Müller Entwarnung: „Niemand muss Angst haben, jedes Elektroauto werde nach den Vorschlägen der Bundesnetzagentur geladen – nur vielleicht nicht ganz so schnell, wie sich das jeder wünscht.“ Es gebe ein Defizit beim Ausbau der Verteilnetze. Damit trotzdem die neuen Verbraucher schnell angeschlossen werden können und die Versorgung noch sicher sei, gebe es die Möglichkeit der Verbrauchsdrosselung. Sie sei eine „Brücke“ bis zum erfolgten Netzausbau.

## Neue Regeln der Bundesnetzagentur im Mai

Susanne Fabry kritisierte für die Rhein Energie: „Die aktuelle Eigenkapitalverzinsung der Bundesnetzagentur für den Netzausbau genügt nicht für die anstehenden Investitionen.“ Für eine kommunale Wärmewende müssten die verschiedenen Netze zusammen geplant und dann zielgerichtet ausgebaut werden. Bezüglich der Regelungen beim Eigenkapitalzins erläuterte Müller: „Unsere Behörde muss einen Ausgleich schaffen zwischen dem Geschäftsinteresse der Energieversorger und dem der Energieverbraucher.“ Das werde bei der Abwägung des Investitionsrahmens bedacht und Genaueres bei den Göttinger Energietagen Anfang Mai vorgestellt, kündigte er an.

Ein Netz für die klimaneutrale Zukunft in knapp 20 Jahren müsse Strom und Moleküle verbinden, appellierte Georg Friedrichs, Vorstandsvorsitzender der Gasag. Dafür sei im Übergang auch blauer Wasserstoff aus Erdgas kein

Tabu, sagte er. „Die große Aufgabe ist nicht, Gasnetze zurückzubauen, sondern sie für klimaneutrale Gase umzubauen.“ Dafür gibt es aber noch keinen gesetzlichen oder Investitionsrahmen. Dieser müsse angesichts der knappen Zeit schnell kommen.

## Ende der Sparpolitik gefordert

In der Vergangenheit war eine effizienzgetriebene Regulierung erfolgreich. „Aber jetzt kommen wir in eine Phase, in der wir die Gasnetzbetreiber anreizen müssen, in den Umbau auf Wasserstoff zu investieren“, erläuterte Friedrichs. Das gehe nicht mit reiner Sparpolitik. Anwendungen für Gas wie das Kochen werden umgestellt werden müssen auf Strom, aber es gebe weiterhin Gasanwendungen für Produktion und Wärme. Dabei sei Kraft-Wärme-Kopplung die klimafreundlichste Nutzung von Brennstoffen. „Doch das funktioniert nur in der Nähe von Wärmeabnehmern und damit in den Städten, wo bestehende Gasnetze genutzt werden können“, sagte Friedrichs zur Ansiedlung der geplanten neuen Gaskraftwerke mit einer Leistung von insgesamt 25.000 MW, die wasserstofffähig sein sollen.

Für die Initiative „H2vorOrt“ warb Florian Feller, Leiter Klimastrategie der Energie Schwaben, dass die existierenden Gasnetze bestens geeignet seien als Backup der erneuerbaren Stromerzeuger, durch Elektrolyse erzeugten Wasserstoff zu speichern. „Auch im Wärmesektor wird Wasserstoff eine Rolle spielen“, zeigte er sich überzeugt. Der Gastransformationsplan (GTP) mit der Branche will Bedarfe und Gasnetze mit den Energieversorgern zusammenbringen, dafür warb er um Beteiligung möglichst vieler Unternehmen.

## Habeck: Netzausbau und Wärmewende jetzt anpacken

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) rief auf dem Kongress dazu auf, das in den eigenen Möglichkeiten Stehende selbst anzupacken. Er

dankte ausführlich für die verlässliche Daseinsvorsorge der Stadtwerke insbesondere im Krisenjahr 2022. Es sei gemeinsam gelungen, über die Lücke von 50 Prozent ausgefallener Energierohstoffe aus Russland eine Brücke zu schlagen. Die Hauptaufgabe seines Ministeriums sei, die Energiewendebestrebungen zu entfesseln – sowohl in bürokratischer Hinsicht bei Genehmigungen als auch bei den Möglichkeiten zur Teilhabe.

Es ginge wie im vorigen Krisenjahr darum, dass jeder in seiner Position das Möglichste leiste, damit die Transformation Schwung aufnehme, appellierte Habeck. Es werde noch ein Gesetz für den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft und ein neues Strommarktdesign geben, dann aber müsse mit dem Vorhandenen gearbeitet werden. Außerdem kündigte Habeck je zwei Wind- und Solargipfel für 2023 an.

## Offenes Genehmigungs Fenster nutzen

Die Notfallverordnung der EU, die gerade national umgesetzt wurde, erlaube schnellere Genehmigungen besonders für Stromleitungen und Windkraft an Land. „Das Fenster ist offen, jetzt müssen die Behörden auch durchgehen“, sagte Habeck. Das Osterpaket 2022 habe bereits Möglichkeiten geschaffen, auch die Stromverteilnetze massiv auszubauen und Entgelte dafür umzulegen. „Nutzen Sie diese Möglichkeiten“, appellierte der Minister. Denn die Notfalllösung des § 14a EnWG, Verbraucher herunterzuregulieren, um das Stromnetz vor Überlastung zu schützen, werde nicht für immer gelten.

In der Gebäudeverordnung sei bereits Wasserstoff auch für Wärmesetze erlaubt, die Frage bleibe nur, ob er bezahlbar in der nötigen Menge verfügbar sei, sagte Habeck und betonte: „Die Wärmewende darf nicht zu einer sozialen Frage werden.“ Mehrkosten müssten sozial verträglich abgedeckt werden, damit niemand frieren muss. Das Beispiel der nordischen Nachbarn zeige,

dass Wärmepumpen die effizienteste Möglichkeit zum Heizen seien. Der Ausbau eines Wasserstoffnetzes müsse entweder von den Unternehmen oder vom Staat finanziert werden. Dafür werde es „noch in diesem Jahr“ eine Festlegung und Regulierungen geben. Er favorisiere, was am schnellsten geht, sagte Habeck unter großem Beifall der Stadtwerkevertreter. Im Übrigen setzt er für die Energiewende auf einen Mix aus staatlicher Förderung, Marktanreizen und Regularien wie dem CO2-Preis. Jede Maßnahme allein sei entweder zu teuer oder führe zu wirtschaftlichen oder sozialen Verwerfungen, begründete der Minister.

#### **Wissing will Glasfaser fördern**

Bundesdigitalminister Volker Wissing (FDP) begrüßte, dass die Branche bis 2025 in den Glasfaserausbau 50 Milliarden Euro investieren will. Jede Pflicht zur Veräußerung der Netze werde entfallen, kündigte er als Inhalt eines neuen Förderprogramms für April an. Damit sollten alle Kommunen die Förderung nutzen können. Wo konkurrierende Parallelnetze sich nicht rechnen, werde ein

„Open Access“ dafür sorgen, dass Wettbewerber das eine Netz diskriminierungsfrei nutzen könnten. Er ermunterte Unternehmen, noch fehlende Förderstrecken zu benennen.

Die Gigabitstrategie allein genüge nicht zur Digitalisierung, wenn nicht auch eine digitale Datennutzung dahinterstehe. Als Beispiel nannte Wissing das Portal „Building Information Modeling“ (BIM), das er für die digitale Genehmigung von Bauvorhaben aufgesetzt habe. Dies werde Bauvorhaben schneller, transparenter und kostengünstiger umsetzen. Auch für den Verkehr sei die Erfassung von Fahrzeugaufkommen oder Auslastung im Nahverkehr sehr hilfreich. So müsse auch das Deutschland-Ticket digital verfügbar sein.

Die Digitalisierungsstrategie der Bundesregierung setze auf digitale Identifikation, damit mehr Abläufe absolviert werden können, ohne ein Amt aufzusuchen. Beispiel seien hier die baltischen Republiken wie Estland. Außerdem setze er sich für internationale Normierung und Standards ein. Ziel müsse es auch in Deutschland sein, Unterlagen

und Adressen einmalig eingeben zu können, anstatt sie immer wieder neu bei jeder Stelle einzureichen. Eine Absicherung des Datenzugangs erfolge dann dadurch, dass nur berechnigte Personen die Daten einsehen können und der Betroffene bei einer solchen Einsicht informiert werde.

Prof. Christoph Landscheidt, Bürgermeister von Kamp-Lintfort (Nordrhein-Westfalen) und Vizepräsident des Deutschen Städte- und Gemeindebunds, erinnerte daran, dass die Gigabitstrategie in über 10.700 Gemeinden „mit der Schaufel“ umgesetzt werden müsse. Für die Beschleunigung dieses analogen Prozesses fehle vor allem „die digitale Baugenehmigung“, appellierte er unter Beifall seiner kommunalen Kollegen. Er forderte ein Verbot dafür, Breitband über Kupfernetze anzubieten, weil diese stör anfällig seien und viel Strom verbrauchten. **E&M**

**Wörter:**

1097

**Urheberinformation:**

Energie und Management Verlags GmbH